

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 36 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 5. September 1931

### Mangel und Ueberfluß

Die Güter der Welt waren nie gleichmäßig verteilt. Immer gab es Mangel und Ueberfluß zugleich, Arme und Reiche, Hungerige und Satte. Solche, die zu viel haben, denen ihr Ueberfluß zur ständigen Sorge wird und die nie ganz froh sein können. Und andere, die zu wenig haben, die oft nie wissen, wo sie das notwendige Stücklein Brot für sich und ihre Kinder hernehmen sollen, denen ihre ständige Not zur seelischen Qual wird und auf deren Lebensweg das Licht der Freude gar selten fällt. Die einen haben zu viel Raum, als daß sie sich wohl und heimisch fühlen könnten. Und daneben sind viele, die keine Heimstatt haben, die fremd bleiben und doch verurteilt werden, wenn sie irren.

Zwar wurde immer wieder versucht, Mangel und Ueberfluß auszugleichen. Ganz gelungen ist es aber nie. Ob es für die Zukunft gelingen wird, ist eine vielumstrittene Frage. Die da behaupten, es leicht erreichen zu können, begehen den großen Fehler, daß sie dieses Ziel von einer Umformung der äußeren Verhältnisse erwarten. Sie überschätzen das Materielle und wollen es allein gelten lassen. Sie glauben, die Gefinnung durch Gesetze erziehen zu können, und verleugnen, daß die Verhältnisse, auch wenn sie ungerecht sind, von Menschen verursacht und gewollt sind. Daß also die Umgestaltung der äußeren Verhältnisse eine Gesinnungsänderung der Menschen zur Voraussetzung hat.

Aber damit soll nicht gelagt sein, daß der Zustand, lähmender Ueberfluß auf der einen und verzehrender Mangel auf der anderen Seite, unabänderlich sei. Vielmehr ergibt sich folgerichtig, daß der Materialismus mit seinen unheilvollen Folgen und zerstörenden Auswirkungen nicht mit Materialismus beseitigt werden kann. In falscher Front kämpft, wer den egoistischen Kapitalismus mit materialistischem Sozialismus überwinden will.

Die Güter der Welt gleichmäßig unter alle Menschen zu verteilen, wird nie möglich sein. Aber Mangel und Ueberfluß insoweit auszugleichen, daß weder das eine noch das andere den Menschen zeitweilig als Gefahr umlauert, das ist möglich und auch notwendig. Was heute ist, ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Nicht immer sind es Nützliche, die den überwiegenden Ertrag menschlicher Betätigung an sich nehmen wollen. Und nicht immer sind es Nichtsnutzige, die entbehren müssen. Es ist sehr oft, ja meistens genau umgekehrt. Und dadurch wird der Gegensatz zwischen Satten und Hungerigen zu einer, Volk und Staat bedrohenden Feindschaft.

Mangel und Ueberfluß hat auch früher in der Wirtschaft gleichzeitig bestanden. Irgendwo ist ein Naturprodukt verdorben, das anderwärts dringend notwendig gewesen wäre. In irgendeinem Land gefüllte Scheunen, lästiger Ueberfluß, und in einem anderen Land hungriige und verhungernde Menschen: das hat es auch früher gegeben. Und das war begreiflich. Die Ueberfluß hatten, wußten nichts von dem Hunger der anderen. Und hätten sie es gewußt, wären sie technisch doch nicht in der Lage gewesen, Mangel und Ueberfluß auszugleichen.

Unders ist es heute. Die Menschen und Völker erfahren von ihrer gegenseitigen Not. Und die Entfernungen sind kaum mehr Hindernis, um gegenseitig auszutauschen und auszuhelfen. Die Völker sind einander räumlich näher gekommen. Die Menschen auch. Die Erde ist nicht mehr unendlich.

Aber die Menschen sind sich innerlich nicht näher gekommen. Sie sind einander fremder und ganz bestimmt gleichgültiger geworden. Technisch wäre es wohl möglich, Mangel an Ueberfluß auszugleichen, praktisch will es aber nicht gelingen. Nicht einmal im eigenen Land. Der Bauer steht vor der vollen Scheune und seufzt, weil er nicht verkaufen kann. Und tausende Städter klagen, klagen mit Recht, daß sie nicht einmal satt zu essen haben. Der Bauhandwerker hat keine Wohnung, obwohl und weil er feiern muß. Tausende anderer Berufe müssen eingeschränkt wohnen, und den Bauarbeiter läßt man

feiern. Mütter flicken die einzigen, letzten Kleider ihrer Kinder immer und immer wieder, die Kleider, die aus einem Stoff gefertigt sind, von dem sie, als sie Arbeit hatten, für geringen Lohn täglich viele Meter webten. Die Liste würde zu lang, sollten alle auch nur erwähnt werden, die Mangel leiden, weil Ueberfluß ist.

Drüben in Amerika, in Brasilien, wird ein Teil der Kaffeerte ins Meer geschüttet, damit der sehr hohe Preis dieses Produktes gehalten werden kann. In Ecuador läßt man aus dem gleichen Grunde den Kokaoka verrotten. In den Südstaaten von Nordamerika wird ein Drittel der Baumwollerte wieder zerstört. Nur um den Preis zu halten, während bei uns und anderwärts Tausende in verchliffener Wäsche, in verbrauchten Kleidern, in Lumpen umherlaufen. In China sind Millionen Menschen von einer Hungersnot bedroht. Und drüben in Amerika, am Mississippi, werden Maschinen mit Weizen geheizt. In Deutschland wurde vergangenes Jahr die Verfütterung von Roggen an Schweine im Westen verlangt und gefördert, während zu gleicher Zeit im Osten Landarbeiter Kartoffeln zum Brotbacken verwenden mußten, weil infolge der vorgeschriebenen 60prozentigen Roggenausmahlung das Deputatgetreide zur Ernährung der Familie nicht mehr ausreichte.

Das alles hat mit Vernunft nichts mehr gemein. Das ist Unvernunft. Das ist Unmoral. Das ist — wenigstens was die Vernichtung der Kaffee-, Kaka- und Baumwollerte anbelangt — ein Verbrechen. Ein Verbrechen an den Menschen und gegen Gott, dessen Gaben, die für Menschen bestimmt sind, aus Gewinnsucht zerstört werden. Das widerspricht dem ursprünglichen Sinn des Wortes „Wirtschaft“. Das zerstört den Zweck der Wirtschaft, der das Gegenteil von Vernichtung sein soll und sein muß!

Und wenn nun die Frage aufgeworfen wird, warum diese sinnlose Vernichtung, warum Millionen Mangel leiden, obwohl überall Ueberfluß ist, dann mündet schließlich jede Antwort in das eine Wort „Geld“. Das Geld, das ein wirtschaftliches Behelfsmittel sein soll, das dazu dienen soll, den Austausch der Güter zu erleichtern, das Geld steht zwischen den Menschen, hemmt, hindert und trennt. Es soll ein zweckdienliches Mittel sein; zu einem herrschenden Faktor haben es die Menschen gemacht, zum Tyrannen, der Existenzen schonungslos vernichtet und Völker bedroht. Wir haben Arbeitskraft und Arbeitswillen, aber wir können beides nur in beschränktem Maße anwenden. Nur in dem Maße, in dem uns

Geld zur Verfügung steht. Wir haben Mangel und Ueberfluß. Wir haben Mangel, weil wir Ueberfluß haben. Und wir haben Ueberfluß, weil wir Mangel haben. Und wir können nicht ausgleichen, weil das dazu erforderliche Geld fehlt. Weil es an Geld fehlt, feiern über vier Millionen Menschen. Und weil diese vier Millionen Menschen zu feiern gezwungen sind, deshalb fehlt es an Geld. Das ist widersinnig!

Es ist begreiflich, wenn aus diesen widerspruchsvollen Zuständen der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsform gefolgert wird. Aber trotzdem ist diese Schlussfolgerung falsch. Falsch ist insbesondere, von einer Veränderung der Wirtschaftsform alles zu erwarten und darauf alle Hoffnungen setzen zu wollen. Nicht auf eine Veränderung der Wirtschaftsform kommt es an, von einer Veränderung der Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsmoral hängt alles ab!

Diese Erneuerung der Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsmoral darf aber die Arbeitnehmerschaft nicht von anderen erwarten. Darum zu ringen ist ihre Aufgabe und ihr Vorrecht. Der Erfolg dieses Ringens aber wird bestimmt von der weltanschaulichen Grundlage, von der aus es erfolgt. Es ist deshalb nicht nebensächlich oder gar gleichgültig, in welcher Front der einzelne kämpft. Die notwendige sittliche Erneuerung dessen, was als Wirtschaftsleben bezeichnet wird und was darauf Einfluß hat, wird nur gelingen, wenn die Menschen das richtige Verhältnis zum Materiellen finden, dessen Ueberwertung die Hauptursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der großen sozialen Not ist. Eine Lebensauffassung, die im Diesseitigen aufgeht, kennt kaum eine andere als nur förmliche Verantwortung. Eine gottlose Wirtschaft ist Selbstzweck, sinnlos und unsozial, ganz gleich, in welcher Form sie betrieben wird. Eine Verantwortung aber, die ins Jenseitige, ins Unendliche und Unvergängliche hinüberraagt, beschränkt sich nicht auf das Förmliche. Sie gilt nicht nur vor den Menschen, sie gilt auch vor Gott, vor dem der Mensch für seinen Mitmenschen verantwortlich ist.

Darum muß die christliche Arbeiterschaft um die Verwirklichung christlicher Grundsätze ringen, heute mehr denn je. Dazu ist sie verpflichtet. Die Erfüllung dieser Pflicht ist aber kein hartes, drückendes Muß, sondern befreiende Tat. Mögen Gleichgültige höhnen, Irregeleitete spotten, Schuldige drohen. Was liegt daran? Zu allen Zeiten wurden die Christen verhöhnt, verspottet und verfolgt, aber das Evangelium der erlösenden, befreienden und versöhnenden Liebe brachte sie nicht zum Schweigen. Und gegenwärtig darf es nicht schweigen! S. B.

### Unser Verband im Jahre 1930

III.

In noch stärkerem Maße als die Mitgliederentwicklung wird das Kassengebaren einer Arbeiterorganisation vom Stand — in diesem Falle vom Tiefstand — des Wirtschaftslebens beeinflusst. Um den einzelnen Kollegen die Mitgliedschaft während Krankheit und Arbeitslosigkeit zu erleichtern, besteht die sachungsgemäße Bestimmung, daß bei einer mehr als drei Tage dauernden Verdienstlosigkeit der Hauptklassenbeitrag nicht zu entrichten ist. Dauert die Verdienstlosigkeit aus irgendeinem Grunde eine Reihe von Wochen oder auch bis 13 Wochen, dann wird im Einzelfalle die finanzielle Einnahme der Verwaltungsstelle etwas zurückgehen. Betrifft die Arbeitslosigkeit den größeren Teil der Berufsangehörigen, dann muß eine solche Verringerung der Einnahmen sich auch in den Zahlen der Hauptklasse wesentlich bemerkbar machen. Drückt aber eine Wirtschaftskrise wie die derzeitige einem ganzen Wirtschaftsjahr ihren Stempel auf, so müssen notwendigerweise Ergebnisse herauskommen, die von den Einnahmehträgen früherer Jahre wesentlich nach unten abweichen. Wirtschaftliche Not, manchmal aber auch unüberlegte Kritik finden hier und da den Wochenbeitrag zu hoch. Uebersehen wird in all diesen

Fällen, daß für den Verband nicht der zufällige Wochenbeitrag, sondern der Jahresbeitrag das Entscheidende ist. Wenn also bei uns im Baugewerbe ein hoch erscheinender Wochenbeitrag notwendig ist, so kann ein Vergleich mit den Beiträgen der Kollegen aus Industrieverbänden oder sonstigen Berufen nicht ohne weiteres gemacht werden. Ausschlaggebend ist die Erwägung, welche finanzielle Kraft schießt der einzelne für seine Organisation im Jahresergebnis vor? Wer also seinen wirklichen Wochenbeitrag, wie er sich für den Verband und im Endeffekt auch für ihn stellt, errechnen will, muß die Gesamtheit seines Jahresbeitrages durch 52 teilen. Einfachste Ueberlegung sagt jedem, daß die Einrichtungen des Verbandes das ganze Jahr da sein müssen und nicht etwa zu einer Zeit, wo der einzelne nicht beitragsfähig ist, oder wo, wie in den heutigen Zuständen der größere Teil der Mitglieder sogar der Beitragsfähigkeit entbehrt, die Ausgaben und Ausgaben des Verbandes ohne weiteres stillgelegt werden können. Im Gegenteil führt die ruhige Ueberlegung zu der Erkenntnis, daß gerade in einer solchen Zeit das Wirken des Verbandes doppelt notwendig ist. Behörden und die öffentliche Meinung müssen entsprechend bearbeitet werden. Das ist nicht mit leeren

Rebensarten, sondern lehtendlioh nur mit hieb- und stichfestem Material aus dem Wirtschaftsgeschehen m6glich. Die Einrichtungen des Verbandes, mag es nun die Hauptstelle sein oder die Augenstellen oder das Verbandsorgan, haben in solchen Zeiten doppelt tdtig zu sein. Von den Aufgaben fdr Verwaltung- und Bildungsarbeit abgesehen, zdthlen die Kosten fdr diese Einrichtungen ja sdtchlich und moralisch in den Bereich der Lohnbewegungen und Unterstfutzungen.

Die andere Seite der Krisenjahre fdr die gewerkschaftliche Finanzentwicklung sind die erh6hten Ausgaben. In einem vorhergehenden Kapitel wurde schon darauf verwiesen, ddt in Krisenjahre die Ausgaben fdr die Regelung der Lohnverhdtltnisse steigen, und ddt auch die Sozialunterstfutzungen, hier insbesondere die Arbeitslosenunterstfutzung, einen wesentlich gr6tzeren Betrag als in guten Wirtschaftsjahren in Anspruch nehmen. Auch die fdr die Verbandsfinanzen nicht ausschlaggebenden Kleinunterstfutzungsarten wie Sterbe- und Invalidenunterstfutzung nehmen dann im Verhdtltnis zu den geringeren Einnahmen eine ganz andere Stellung ein als in wirtschaftlich gdnstigen Zeiten. Wie bereits oben gesagt, mdtzten notwendigerweise zu den Unterstfutzungen und Lohnbewegungskosten auch alle diejenigen sdtchlichen und personellen Ausgaben gerechnet werden, die sich mit der Lohngestaltung, mit der Beeinflussung der Beh6rden und der 6ffentlichen Meinung befassen. Auch die gewerkschaftliche Bildung, also die Bereicherung des eigenen Wissens, das Hinberwechselln von der geistigen Unsicherheit zur sdtcheren Beurteilung von Wirtschaftsfragen ist doch ein Ergebnis, das den Gewerkschaftler vom unsicheren, tastenden Unorganisierten gdnstig unterscheidet.

Im Sinne vorstehender Gedankengdtnge mdtssen auch die Finanzergebnisse des Verbandes in den Einnahmen und Ausgaben gewertet werden. Das Jahr 1930 erbrachte dem Verbands eine Reineinnahme von 1 974 522 RM., wovon als Hauptposten die Wochenbeitrdtge mit 1 577 843 RM. hervorzuheben sind. Der Rest entfdllt auf Eintrittsgelder, Zuschlags- und Extrabeitrdtge, Agitations- und Lokalfondsmarken, Zinsen und sonstige Einnahmen. Das Jahr 1929 erbrachte eine Gesamteinnahme von 2 538 005 RM., wovon 2 202 559 RM. Wochenbeitrdtge waren. Es wurden also im Krisenjahr 1930 im ganzen 563 482 RM. weniger eingenommen als im Jahre 1929, im Hundertsatz 22,2 Prozent. Die Erkldrung liegt im Arbeitslosenstand, der im Jahresdurchschnitt 1930 54,64 Prozent gegenber 36,18 Prozent im Durchschnitt des Jahres 1929 betrug. Im Reichsdurchschnitt ergibt sich eine Jahresbeitragsleistung fdr 1930 von 32,23 RM., wdtrend 1929 45,56 RM. ausgewiesen werden konnten. Auf die Woche umgeschlagen errechnet sich aus vorstehenden Zahlen fdr 1930 ein Wochenbeitrag von 62 Pf., fdr 1929 von 88 Pf. Dieser Durchschnitt muoz natdrlich als Reichsdurchschnitt gewertet werden und wird von den Zahlern der hohen Beitragsstufen, teils wesentlich, uberschritten, ddt fdr die niedrigen Beitragsstufen und gering entlohnerten Gruppen noch unter diesem Betrag.

In diesem Zusammenhang interessiert auch der Markennamensatz. An Beitragsmarken wurden abgegeben 1930 1 067 118, 1929 jedoch 1 430 029. Die Umrechnung auf das Mitglied ergibt fdr 1930 21,80 Stfck, fdr 1929 29,58 Stfck, also zugunsten des Jahres 1930 ein Weniger von 7,78 Stfck. Bei den Verwaltungsbeitrdtgen bzw. Freimarken ist naturgemdz das Verhdtltnis umgekehrt. Einer Stfckzahl von 1 165 705 dieser Marken im Jahre 1930 steht ein Betrag von 558 425 Marken fdr 1929 gegenber. Auf den Einzelnen umgerechnet ergibt sich hier fdr 1930 ein Markenatz von 23,61, fdr 1929 ein solcher von 17,76. Beide Markenarten zusammen ergeben noch ldtngst nicht die Zahl von 52 Jahreswochen. Das kann auch nicht sein, weil der Wechsel in der Mitgliedschaft, und hier insbesondere die nachtrdtgliche Streichung von Restanten eine abgeglichenere Zahl vereiteln. Uebersehen darf aber nicht werden, ddt sich in den Mangelzahlen die Unschltdchtigkeit derer ausdrdtkt, die als Restanten die Mitgliedschaft des Verbandes aber die Zeit ihrer Beitragsleistung hinaus vortdrtschen, in diesen Mangelzahlen liegen zugleich die rdtckbliebenen Beitrdtge aller derer, die den Verband bei der Erledigung ihrer Verpflichtungen an die letzte Stelle rdtcken. Es ist selbstverstdtndlich, ddt unvermeidlicher Not hiermit kein Vorwurf gemacht werden soll. Trotzdem m6gen diese Zahlen Anlass geben, die eigene Beitragsleistung und auch die Beitragsleistung der Mitarbeiter ernsthaft zu wdrdigen. Wer den Vorteil einer stabilen Verbandsstufe fdr seine sozialen Bestrebungen richtig wdrdigt, wer die Folgen einer unzuldtnglich ausgefallenen Verbandsstufe rechtzeitig ubersieht, wird bei der Beurteilung der Fragen ubcr Beitragsstufen, Zahl und Art der Verbandsmarken entsprechend denken.

Bei den Ausgaben sind paradedt unter Veranschdtigung der obigen Zahlen die Prozentanteile der Verwaltungskosten und deren sonstige Einnahmen in Abzug zu bringen. Hier kamen im Berichtsjahre 308 025 RM. in Frage, wdtrend im Vorjahre auf dieses Kapitel 370 487 RM. fielen. Die verschiedenen Unterstfutzungsleistungen erforderten im Jahre 1930 795 165 RM., 1929 821 931 RM. In beiden Jahren entfiel der gr6tzte Teil auf die Arbeitslosenunterstfutzungen. Neben diesen ausgesprochenen Unterstfutzungen kommen noch die Ausgaben fdr Bildungsarbeit, Verbandsorgane usw., die 1930 rund 150 235 RM., 1929 134 272 RM. erforderten. Die personellen Kosten der Bezirkssekretariate, lokale Verwaltungen und Hauptgeschftsstelle lassen sich in ausgesprochene

Verwaltungslosten, Agitationslosten und Unterstfutzungskosten, soweit sie unter dem Gesichtspunkt der Lohnbewegung und der Beeinflussung aller sozialwirtschaftlichen Fragen stehen, nicht einzeln trennen. Die Aufwendungen fdr den Mann, der heute am Arbeitsgericht steht, am gleichen Tage bei einer anderen sozialen Beh6rde, in der Zwischenzeit aber auch Verwaltungsarbeit leistet, der morgen Lohnverhandlungen betdtigt und am Abend des Tages eine Agitationsversammlung abhdlt, der an einem anderen Tage durch Vorstellung bei einer Beh6rde, durch eine Sitzung in einer 6ffentlichen K6rperschaft an einer sozialeren Gestaltung des Lebens mitwirkt, k6nnen nicht auf die verschiedenen Tdtigkeitsgebiete umgelegt werden. Bei der von Arbeitgeberseite und den Kommunisten so gern beliebten Kritik der hier hoch erscheinenden Kosten wird geflissentlioh unterschlagen, ddt gewerkschaftliche Abrechnungen keine Tdtigkeitsberichte einzelner Leistungen sein k6nnen. Es wird bewußt verschwiegen, ddt eine Ausscheidung nach der einzelnen Tdtigkeit zu einer Buchungsarbeit, zu einer Bfurokratisierung fdrhren mdtzte, die neue Ausgaben erfordern und damit dem eigentlichen Gewerkschaftszweck Mittel entziehen wdrde. Diese so zu wertenden Betrdtge erforderten im Jahre 1930 487 451

RM., 1929 451 384 RM. Sachliche Ausgaben waren 1930 mit 172 847 RM., 1929 mit 162 511 RM. zu bestreiten.

Die Zahl der Unterstfutzungsfdlle bei Krankheit und Arbeitslosigkeit betrug 1930 16 239, 1929 18 359. Die meisten Krankenunterstfutzungsfdlle waren im Jahre 1930 im Dezember und Februar, die meisten Arbeitslosenunterstfutzungsfdlle im November und Dezember zu verzeichnen. Im Jahre 1929 waren die meisten Krankenunterstfutzungsfdlle im Januar, Februar und Dezember zu verzeichnen. Die Krankheitsarten weisen aus, ddt Erkdtlungskrankheiten und Unfdlle immer noch die Hauptgefahren des Bauberufes darstellen. Sterbeunterstfutzungen wurden in 314 Fdtllen gewdhrt, und zwar fdr 183 Kollegen und 131 Ehefrauen. Bei den Todesursachen der Mitglieder sind Unfdlle, Krebs-, Lungen- und Herzleiden im Vorrang.

Die auf dem Danziger Verbandstag beschlossene Familienunterstfutzung des Verbandes trat am 1. April 1930 in Kraft. In den nur neun Monaten wurde die Unterstfutzung in 466 Fdtllen angewiesen. Zu beachten ist hierbei, ddt diese Unterstfutzung in der Regel Dauerunterstfutzung ist.

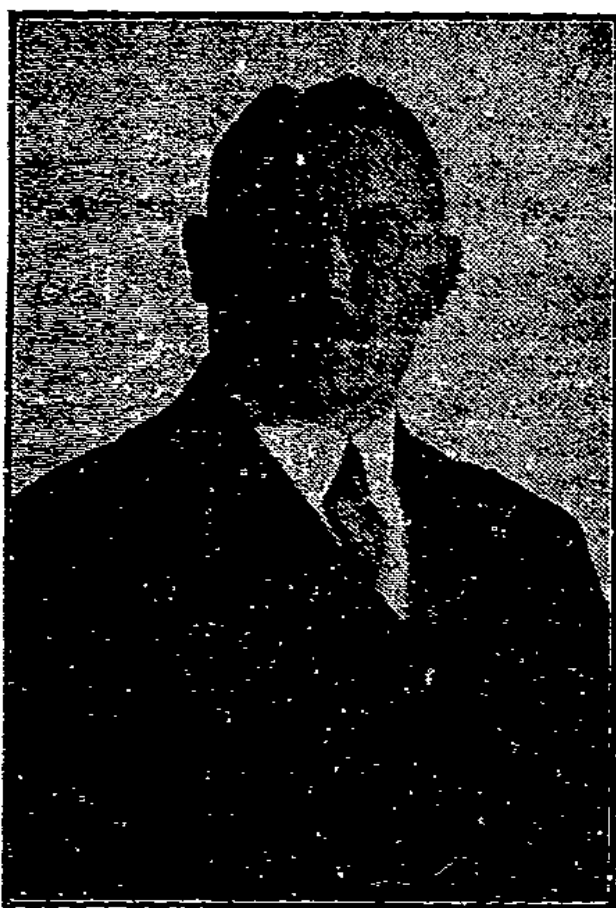
## Clemens Schliger †

Fdr uns alle sdtzier unschdtbar, fdr die Mehrzahl der Kollegen unerwartet, fdr die Wissenden ldtngst eine bange Befdrchtung, es ist eingetreten. Am 29. August nach monatelangem Ringen ist Kollege Clemens Schliger, Mitglied des Hauptvorstandes und langjdhriger Schriftleiter der „Baugewerkschaft“ verschieden. Im besten Mannesalter von 43 Jahren wurde einem Leben, das noch so viel zu leisten versprach, durch ein b6sartiges Krebsleiden ein Ende gesetzt.

Clemens Schliger wurde am 6. September 1888 zu Grozhenluder (Kreis Fulda) als Sohn eines fdtcher Arbeitereheleute geboren. Der Beruf wird in dieser Gegend gewissermaßen in die Wiege gelegt: Bauhandwerker oder Bauhilfsarbeiter. Der junge Maurer erkannte bald, ddt zum sachlichen K6nnen das gewerkschaftliche Wollen geh6rt, soll Beruf und Stand im Volksganzen den entsprechenden Platz einnehmen. So schlooz sich der 17jdhrige am 6. Januar 1906 unserm Verbands an. Zeit und Umgebung sorgten fdr geistige Anregung, die sich der wissenseifrige Grfblcr nicht entgehen lieoz. Zum Kdtmpfer an der Front berief ihn der Verbandsvorstand 1911 zundtchst nach Breslau und dann nach Saarbrfuden, wo in Agitation und Verwaltung die Positionen des Verbandes auszubauen waren. Anfangs 1912 wurde Freund Schliger an die Hauptgeschftsstelle berufen. Hier muozte er seinem Landsmann, unserem vormaligen Schriftleiter, Kollegen Josef Becker, als Mitarbeiter an die Hand gehen. Den Grfblcr f6hrend und dr6ngend, den Jagen mit freundschaftlichem Zwang zur Tat treibend, hat Becker viel an der geistigen Gestaltung Schligers getan. So wuchs in natdrlicher Entwicklung der Mann heran, der nach abgeleistetem Kriegsdienst und kurzer Tdtigkeit als Bezirksleiter im Bereich Berlin den Platz seines Vorgdtngers und Lehrers im Jahre 1920 am Redaktionsstfck geistig einnehmen konnte. Die Jddlicher Generalversammlung im gleichen Jahre wdtelte ihn in den Hauptvorstand. Seine Stellungnahme zu den vielfdttigen Wirtschaftsproblemen, zu Sozial- und Gesellschaftsfragen war immer klar und wohl abgewogen, sdtchlich wie in der Form. Dem Gegner unserer Bestrebungen aber zeigte er die derbe Maurerfaust. Immer war es uns ein Genutz, auf den Angekl6ndetenkonferenzen seinen stets aufs Universale eingestrichelten Gedanken zu folgen, die ein Niveau schufen oder wieder herstellten. Ddt der Berufsverband nicht das Ausschliefliche sein kann, ddt in breiterer Front gek6mpft werden muoz, bewies der Berewigte dadurch, ddt er beinahe ein Jahrzehnt den Kampf im Ortsrat der christlichen Gewerkschaften in Berlin — auch hier als Nachfolger Beckers — fdrte. Fdr die ihm wdtchtig erscheinenden politi-

schen Wege zur Hebung der Arbeiterverhdtltnisse, aber auch der sittlichen und ethischen Bedfurnisse der Gesamtbev6lkerung wirkte er entsprechend seiner religi6sen und politischen Grundeinstellung als Vorsitzender des Arbeiterrats der Berliner Zentrums-partei.

Bei all diesen vielseitigen, den Tag voll ausf6llenden Aufgaben, bei aller Auswertung seiner geistigen Anlagen kam der Berewigte immer wieder auf seinen Berufsansatz und sein Lieblingsziel hin: ich bin Maurer, ich will bauen! Er sah die Zerfallener unserer Bau- und Siedlungsbestrebungen, er sah die Gefahr des Zerriebenwerdens, des Ausgenutztwerdens, der Vereinsseitigung, er sah die Not derer, die gesunde und preiswerte Wohnungen brauchten, und grfndete in Gemeinschaft mit den Gleichstrebenden in unserer Bewegung im Jahre 1929 den „Deutschen Heimbau“, die Dachorganisation christlich-nationaler Bau- und Siedlungsgenossenschaften. Eine solide Grundlage vorbereiten, organisieren, planen und kalkulieren, Bausgeld beschaffen und dann an die Tat: bauen! Zundtchst nebenamtlich, ab 1. Juli v. J. hauptamtlich, leitete Schliger diese neue Einrichtung der Bewegung. Groze Siedlungen in Berlin-Brick, in Bochum, in Essen wurden erstellt, heute Denkmder des Organisationswillens eines



Fr6hverblichenen. Neue Siedlungen, neue Verbindungen wurden eingeleitet. Ein tragisches Geschick wollte es, ddt mitten in aufbauender Tdtigkeit den Ffhrer die tdtliche Krankheit ergriff. Nach harten Operationen, unter schrecklichen Schmerzen, unter dem drfckenden Geffhl eines unentrinnbaren Schicksals leitete unser Freund auch weiter sein Werk. Ging es nicht im Bfuro, dann wurden die wichtigsten Dinge in der Wohnung erledigt. Das Werk sollte leben, auch wenn der Grfnder sterben muozte...

Nun ist er gestorben. Eine Witwe und zwei Kinder trauern um den fdrsorglichen Gatten und Vater. Der Verband trauert um einen seiner Besten. Der Hauptvorstand empfindet in seinen Reihen eine jdtch gerissene Lfcke, die schwer auszufullen sein wird. Selbst bei fortschreitender Krankheit, noch im Frfhhjahr dieses Jahres nahm der Tatbereite und Totgeweihte an den Hauptvorstandssitzungen teil. Die Gesamtbewegung und die von ihm geleitete Einrichtung stehen mit uns schmerzlioh an einer Bahre, die Hoffnungen zu Grabe trdtgt.

Lieber Freund! Wir werden dich nicht vergessen! Habe Dank fdr all dein Tun fdr den Verband, die Gesamtbewegung und den Arbeiterstand. In deinem Geiste, mit universaler Denkwiese, mit Grfndlichkeit und zdther Ausdauer wollen wir weiter arbeiten. Als Gewerkschaftler, als Freunde! M6ge Gott dein Sohn sein!

### Lügen haben kurze Beine

Der in Föllschweiler (Lothringen) bei Reparationsarbeiten beschäftigte Maurer Karl Höhn von Schallodenbach (Rheinpfalz) ist Mitglied des Deutschen Baugewerksbundes. Er ist als ein fanatischer Gegner unseres Verbandes bei vielen seiner Berufskollegen bekannt. Seit März 1931 versuchte er in fortgesetzter Reihenfolge unserem Verband dadurch am Zeug zu flicken, daß er auf der lothringischen Baustelle und später in einer Versammlung des Deutschen Baugewerksbundes in Schallodenbach und schließlich auf einer Eisenbahnfahrt in aller Öffentlichkeit, trotz mehrfacher Belehrung durch unsere Vertrauensleute und den Sekretär Jakob Schäfer vom Deutschen Baugewerksbund in Kaiserslautern behauptete, der Gewerkschaftssekretär Gustav Maurer vom Christlichen Bauarbeiterverband in Saarbrücken habe in einem Schreiben an die Regierung in Trier verlangt, daß bei Reparationsarbeiten in Elsaß-Lothringen beschäftigten deutschen Arbeitern die Elsaß-Lothringengänger-Unterstützung entzogen werde. Kollege Maurer gab dem Karl Höhn trotz der Schwere der Beleidigungen mit Rücksicht auf dessen soziale Lage zweimal Gelegenheit, den Fall außergerichtlich und ohne erhebliche Kosten aus der Welt zu schaffen. Umsonst. Daraufhin erhob unser Kollege Maurer beim Amtsgericht Otterberg (Pfalz) gegen Höhn Klage wegen Verleumdung und übler Nachrede. Der Beklagte Karl Höhn den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht zu erbringen vermochte und sich durch seinen Anwalt schuldig erklären ließ, wurde vom Richter das an anderer Stelle der „Baugewerkschaft“ veröffentlichte Urteil gefällt.

In seiner Urteilsbegründung erklärte der Amtsrichter, daß die Beleidigungen sehr schwerer Natur gewesen seien und der Privatbeklagte mit seinen verleumderischen Ausführungen offenbar nicht nur die Person des Privatklägers, sondern wohl insbesondere die vom Privatkläger vertretene gewerkschaftliche Organisation treffen wollte. Darin liege die Schwere der Beleidigungen. Das Gericht hätte eine höhere Strafe ausgesprochen, weil sie verwirkt gewesen sei, doch habe man auf die sozialen Verhältnisse des Beklagten Rücksicht genommen.

Die Bemühungen des beklagten Anwaltes, die Publikation des Urteils im „Grundstein“ und in der „Baugewerkschaft“ zu verhindern, blieben erfolglos. Die Strafe ist eine gerechte Sühne für den Beklagten, der unter Mißachtung der Ehre eines seiner Nebenmenschen verjagt hat, unserm Sekretär Maurer und unserm Verband eine auszuweichen. Die Strafe ist um so mehr verdient, weil unser Kollege Maurer in Saarbrücken seit dem Jahre 1927 in anerkannter Weise in Wort und Schrift dafür eintrat, daß die bei Reparationsarbeiten in Elsaß-Lothringen beschäftigten deutschen Bauarbeiter in die Elsaß-Lothringengänger-Fürsorge einbezogen werden sollten. Die in Frage kommenden Leute hatten nach den bestehenden Richtlinien bedauerlicherweise noch nie Anspruch auf die Elsaß-Lothringengänger-Fürsorge. Unser Kollege Maurer, der als Beauftragter unseres Verbandes an allen Verhandlungen mit der Reichsregierung und den Länderregierungen, bei denen es sich um die Saar-, Lothringens- und Luxemburggängerunterstützung handelte, teilgenommen und sich große Verdienste um die Erhaltung der Saargängerunterstützung für die aus den Randgebieten im Saargebiet beschäftigten Bauarbeiter erworben hat, konnte auch niemals einen Antrag auf Entziehung dieser Unterstützung gestellt haben.

Der Ausgang des Prozesses zeigt, daß man nicht ungestraft mit der Ehre seiner Mitmenschen in unverantwortlicher Weise spielen darf und daß Lügen in der Regel sehr kurze Beine haben.

### Das Feuer brennt unter den Fingernägeln

Die Verbände der Bauwirtschaft, der Baustoffindustrie, des Baustoffhandels, die der Architekten, insgesamt 49 an der Zahl, haben sich vor einigen Wochen mit einer Denkschrift an die Reichsregierung gewandt. Sie verlangen Beschaffung von Arbeit. Mit Recht verweisen die Unterzeichner der Denkschrift — allerdings reichlich spät — darauf, daß ein neuntel des deutschen Volkes von der Bauwirtschaft ernährt wird, und daß jede Milliarde Produktionsausfall in der Bauwirtschaft rund 350 000 Arbeiter arbeitslos macht. Der Einwand, daß für Bauten kein Geld vorhanden sei, könne nicht durchschlagend sein, denn es sei immer noch rentierlicher, Arbeitslose zu beschäftigen, als Unbeschäftigte zu unterstützen. Nach Befristung durch eingehendes Zahlenmaterial werden folgende Forderungen gestellt:

1. Es ist alles daran zu setzen, daß die öffentliche Bautätigkeit in dem in den Vorschlägen des Frühjahres bestimmten Ausmaß aufrechterhalten wird, dabei alle Bestrebungen öffentlicher Stellen, unter Ausschaltung der Unternehmer und der Angehörigen freier Berufe in eigener Regie Bauten auszuführen, zu unterbinden.
2. Die Bauaufträge der öffentlichen Hand soweit auszuführen, daß annähernd die durchschnittliche Bautätigkeit dieser Stellen wieder erreicht wird, selbstverständlich unter Beschränkung auf produktive, unbedingt erforderliche Bauten.
3. Zum Wohnungsbau: Die Durchführung

### Am 5. Sept. 1931 ist der sechsunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

des amtlichen Wohnungsbauprogramms im Jahre 1931 in seinem vollen Umfange zu ermöglichen; die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen unter Abkürzung der Fristen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 beschleunigt aufzuheben (! Red.); für die Hauszinssteuer einen Endtermin und die Stufen des Abbaues zu bestimmen, jedoch unter unveränderter Beibehaltung der heutigen geldlichen Zuschüsse für den Kleinstwohnungsbau mindestens für die Jahre 1931 und 1932.“

Der 1912 von der Preussischen Staatsregierung gegründete Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen hatte am Freitag, dem 28. August, um 5 Uhr, die Presse zu einer Konferenz gebeten.

Architekt Leyjer verwies einleitend darauf, daß eine gewisse haufeindliche Stimmung herrsche, die die Katastrophe des Bau- und Wohnungswesens beschleunigt hätte. Die Notverordnung vom 30. November 1930, die 400 Millionen aus der Hauszinssteuer fortgenommen habe, habe zu einer Erwerbslosigkeit von 577 000 Bauarbeitern in der Hochsaison geführt und mehr an Arbeitslosenbeiträgen erfordert als die obige Summe, und bei der Schlüsselstellung des Baugewerbes noch 3 Millionen andere Berufstätige in Mitleidenschaft gezogen. Neue Gefahren drohen aus Anträgen, die z. Bt. der Reichsregierung nahegelegt werden. Sollen bei den um 15 bis 30 Prozent gesunkenen Einkommensverhältnissen Wohnungen gebaut werden, die für die Masse erschwinglich sind, so wird man, wie im gesamten Auslande, ohne Hergabe von billigen zweiten Hypotheken keine Kleinwohnungen herstellen können.

Die entsehlliche Notlage erfordere nicht nur eine Inangriffnahme einer gesteigerten Bautätigkeit, sondern auch eine Stadtrandflüchtling mit Landzugabe, die den aus der Industrie ausgeperrten Arbeitslosen ein Dach über den Kopf und notwendige Nahrung gibt, ohne sie zu dauernden „Staatsrentnern“ zu machen.

Stadtbaurat Dr.-Ing. Wagner schilderte die bedrohliche Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt; heute müssen etwa 2 Vollbeschäftigte 1 Arbeitslosen ernähren. Alle bisherigen Sparmaßnahmen des Reiches, der Länder und Gemeinden auf dem Wirtschaftsfelde der öffentlichen Hand hätten bisher nur die Wirkung gehabt, daß im Winter auf einen Vollbeschäftigten zwei Arbeitslose treffen. Das Volk wolle nur Sparprogramme, die zum Aufstieg aber nicht zum Abstieg der Wirtschaft führen.

In Berlin seien zur Zeit 75 000 Bauarbeiter aller Berufe, d. h. 68 Prozent der dem Gewerbe zugehörigen Arbeitskräfte arbeitslos. Eine gewisse Rückwanderung und Rückbildung von Bauarbeitern werde unvermeidbar sein. Aber andererseits könne die öffentliche Hand, die jahrelang im Hochbau etwa 65 Prozent und im Tiefbau etwa 99 Prozent aller Bauaufträge auf den Markt gebracht habe, die Bauwirtschaft nun nicht verfallen lassen. Sie habe die Verpflichtung, Arbeitsbeschaffungsprogramme herauszubringen.

Die Hauszinssteuer müsse unter allen Umständen in alter Höhe dem Baumarkt erhalten bleiben. Ihre beabsichtigte Berrerrung würde bedeuten, daß nicht nur keine Neubauten entstehen, sondern daß zu allem Unglück auch noch die Altbauten in eine neue Welle der Verschuldung hineingeraten. Die öffentliche Hand müsse das auf Abbau und Vernichtung eingestellte Sparen jetzt aufgeben und zum konstruktiven Sparen übergehen, das, auf die Dauer gesehen, allein Arbeit und Brot schaffen könne.

Direktor Wildermuth von der Deutschen Bau- und Bodenkassendirektion Knoch, Leiter der Gagsah, Gemeinnützige A.-G. der Angestelltenheimstätten, machten gleichfalls bemerkenswerte Ausführungen, wobei ersterer insbesondere auf Gefahren hinwies, die sich die Hausbesitzerverbände bei Stellung ihrer Anträge zur Beschaffung der Hauszinssteuer wohl nicht überlegt haben. Es ist erfreulich, daß nunmehr eine Baufront entsteht, die dem haufeindlichen Kurs des Reichsfinanzministers mit Entschiedenheit entgegentritt.

### Sie wollen nicht mehr wie die Maurer

Eine der Volksgruppen, die am meisten gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 wettern, sind die höheren Beamten. Es ist nach ihrer Ansicht eine Unverständlichkeit, daß die Regierung ihnen „so große“ Opfer zumutet. Dabei sind diese „Volksgegnossen“ doch am glimpflichsten davon gekommen. Diese „Diener des Staates“ verlangen aber, daß den Arbeitern der letzte Groschen abgenommen wird. Sie, die Arbeiter, sind ja verpflichtet, zuallererst und hauptsächlich für diese hochwertigen „Diener des Staates“ zu arbeiten. Was auf dem Gebiete der Verteidigung der „wohlerworbenen Rechte“ der „höheren“ Beamten geleistet wird, mögen folgende Zitate, die einem Artikel von Oberstudienrat Dr. Forster (Dresden) in „Amt und Volk“, Heft Nr. 7, 1931, entnommen sind, zeigen („Amt und Volk“, Monats-

schrift des Landesverbandes der höheren Beamten Sachsens):

„Nun aber kommen die Sozialdemokratie und die dem Zentrum nahestehenden Gewerkschaften einschließlich der linksstehenden Beamtenorganisationen mit ihren Grundsätzen, jeglichen Leistungslohn abzubauen, und das wirkt sich selbstverständlich gegen die höheren Leistungsgehälter der höheren Beamten in ganz besonderem Maße aus.“

„Es ist eben politisch nicht tragbar, daß es Menschen gibt, die mehr haben als Arbeitslohn, und da man die Männer der Wirtschaft und der freien Berufe vorläufig nicht fassen und auf das gleiche Niveau herabdrücken kann, greift man zunächst einmal die, die von diesen Beamten abhängig sind.“

„Um diese Frage der Einordnung handelt es sich ja eben. (Um das Einkommen des gelehrten Arbeiters. Die Schriftleitung.) Es gibt Beamtengruppen, die mit diesem Normaleinkommen einverstanden wären; die „Postwelt“ schreibt unter dem 1. Mai unter dem Hinweis, daß der Stundenlohn des Maurers sich auf 230 Prozent, der des Akkordmurers aber auf 330 Prozent des Vorkriegslohns gehoben habe, daß die meisten Assistenten der Reichspost glücklich sein würden, wenn der Arbeitsverdienst des gelehrten Bauarbeiters mit 330 Prozent 360 Mark monatlich als Normaleinkommen für sie zugrunde gelegt würde.“

„Um uns als Beamte kümmert sich niemand. Wir stehen ganz allein, und die Verlassendsten von allen sind die höheren Beamten.“

Diese wenigen Auslassungen zeigen, welcher Gemeinschaftsgeist unter den höheren Beamten herrscht. Wenn jemand geeignet und berechtigt ist, über „Leistungsgehälter“ zu schreiben, dann ist es natürlich in erster Linie ein Oberstudienrat. Wenn ein solcher Herr mal arbeitet — vielleicht ist der Ausdruck „arbeitet“ nicht standesgemäß, man kann deshalb auch sagen „Dienst macht“ —, dann leistet er gleich soviel, daß auch sein Gehalt für die fast drei Monate Ferien im Jahre dabei herauspringt. Ein so leistungsfähiger Volksangehöriger sollte eigentlich in der immerhin ausreichenden Ferienzeit als Akkordmurer der Allgemeinheit seine Fähigkeiten zur Verfügung stellen. Wir kämen dann leichter aus der Krise heraus, und nebenbei könnte ein so armer Teufel dadurch auch seine „mageren“ Gehaltsbezüge erheblich verbessern. Beim Lesen solcher Geistesprodukte kommt man nicht umhin, an einen bekannten Ausspruch vom Alten Fritz zu denken.

So bückert der „Bergknappe“ das Organ des Gewerksvereins christlicher Menschen ab, die die Zeichen der Zeit nicht begreifen und dem Handarbeiter sein sauer verdientes Stück Brot weiden.

„Unser Bauberuf nährt jetzt in der berühmten „Saison“ nicht einmal 40 Prozent seiner Angehörigen. Trotzdem laden wir alle Reichshammel ein, sich als Maurer in Akkord oder Tagelohn zu amüßieren und die hohen Maurer„gehälter“ einzuschleichen. Papierene Zementfäße zum Transport der hohen Löhne stellt der Unternehmer gratis. „Möhlerworbene Rechte“ vergütet das Arbeitsamt in Form von Wochenunterstützungen, die ungefähr dem Tagesgehalt eines solchen Beamten entsprechen. Allerdings empfehlen wir diesen neuen „Berufskollegen“ die vorzügliche Lösung einer Rückfahrkarte ins „Amt“ und die Mitbringung eines bunten Taschentuches zum Einpacken der von der „leichten“ Bauarbeit derangierten Glieder, dazu den notwendigen Galgenhumor, wenn ob Arbeitslosigkeit, Anstelligkeit und geistiger Beweglichkeit die Qualifikation etwa vom Münchener Maurer mit einem Unterton von Bedauern lautet: „Ki... ja... dumms...“

### Rundschau

#### Die Neuregelung der Gemeindearbeiterlöhne

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Durchführung des § 7 Absatz 4 im zweiten Teil Kapitel I der Notverordnung vom 5. Juni 1931 über die Löhne im Bereich des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände führten zu einer Vereinbarung. Hiernach werden ab 27. August die Löhne der in Betracht kommenden Arbeiter bis 4 Prozent gekürzt. Gleichzeitig fällt der Frauenzuschlag fort. Diese Regelung gilt bis 31. Oktober 1931.

Auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 sollten die Löhne der Gemeindearbeiter den Löhnen der Reichsarbeiter angeglichen werden, soweit sie diese übersteigen. Die Gemeinden beabsichtigten ursprünglich, den Gemeindearbeitern Lohnkürzungen von 10 Prozent und mehr aufzuzwingen. Diese Absichten ließen jedoch bei der Arbeitnehmerschaft auf starkem Widerstand. Durch die neue Vereinbarung werden die Löhne nur um 4 Prozent gekürzt. Der Frauenzuschlag kommt in Fortfall, dagegen konnte der Kinderzuschlag gehalten werden. Allerdings darf bei Einstellung von neuen Gemeindearbeitern eine Angleichung der Löhne an die der Reichsarbeiter nicht erfolgen. Ebenso unterbleibt eine Angleichung der Bezirksfürsorgearbeiter. Durch dieses Ergebnis sind die schlimmsten Härten für die Gemeindearbeiter vermieden worden. An dem Verhandlungsergebnis hat der Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, die Interessenvertretung der christlich-gefinnten Gemeindearbeiter, starken Anteil.

### Einzelhandel und Wirtschaftskrise

Zu dieser Frage machte kürzlich Dr. Tiburtius, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels, bemerkenswerte Ausführungen. Zum Unterschied von manchen anderen Wirtschaftsgruppen gab er unumwunden zu, daß auch gewisse privatwirtschaftliche Fehler zur Wirtschaftskrise geführt haben. Der Einzelhandel sei besonders krisenempfindlich und verspüre daher unmittelbar die Folgen der bereits vorgenommenen Lohnsenkungen. Seine wertmäßigen Umsatzrückgänge schwanken zwischen 12 und 23 Prozent. Wenn man die Lebensbedarfsdeckung der Bevölkerung verbilligt und die Arbeitslosigkeit vermehren wolle, so sei es notwendig, die Selbstkosten der Tarife gemeindlicher Werke zu ermäßigen. Die Löhne der arbeitstätigen Arbeitnehmer könne man nur insoweit weiter senken, wie es nötig sei, um den Absatz zu heben und damit Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.

Diese sehr vorsichtige Formulierung beweist das Steigen der Erkenntnis, daß allgemeine Lohnsenkungen das genannte Ziel nie und nimmer erreichen können. Der Einzelhandel steht als konjunkturliche Wirtschaftsgruppe, wie verhängnisvoll die immer weitere Fortsetzung der Schraube: Lohnsenkung — Preisenkung — Lohnsenkung — Preisenkung usw. sich auswirkt.

### Abgrenzung und Zahl der Schlichterbezirke

Durch eine Verordnung über das Schlichtungswesen hat eine Neuabgrenzung und auch eine teilweise Umbeziehung der Schlichterbezirke stattgefunden. Im Reich hat in 74 Städten ein ständiger Schlichtungsausschuß seinen Sitz. Von den 74 Schlichtungsausschüssen haben 50 in Preußen, 11 in Bayern, 5 in Württemberg, 4 in Sachsen und 3 in Hessen ihren Sitz. Zum Teil deckt sich der Bezirk des Schlichtungsausschusses mit der Einteilung der Stadt- und Landkreise, in einzelnen Gebieten sogar mit dem Gerichtsbezirk der Regierung. Die Schlichtungsausschüsse sind in 13 Schlichterbezirken zusammengefaßt. Von den 13 Schlichterbezirken sind allein 10 für Preußen zuständig. Von diesen preussischen Schlichterbezirken werden aber auch die kleinen Länder wie Freistaat Thüringen, Freistaat Hessen, oldenburgischer Bezirk Birkenfeld, die in die preussischen Landesteile eingestreut sind, mit erfaßt. Bayern und Sachsen bilden einen Schlichterbezirk für sich, während der Schlichterbezirk Süddeutschland die Freistaaten Baden und Württemberg mit Hohenzollern umfaßt.

### 19 RM. Zolleinnahme auf den Kopf der Bevölkerung

Zölle sind nicht nur ein Schutz für die heimische Produktion, was allerdings auch bezweifelt und sogar bestritten wird, sie sind auch eine recht wichtige Einnahme des Reiches, was sich aus folgender Aufstellung ergibt.

Jahr	Zollerträge des deutschen Zollgebietes in Mill. RM.	Zolleinnahme je Kopf der Bevölkerung in Mf.
1900	492,9	8,74
1913	723,7	10,73
1925	549,8	8,79
1926	816,6	13,09
1929	1047,7	16,10
1930	1220,9	18,81

Demnach waren die Zolleinnahmen im Rechnungsjahr 1930 am höchsten und haben rund 19 RM. auf den Kopf der Bevölkerung betragen. Gegenüber 1913 ist das eine Steigerung um rund 90 Prozent, die durch die Verminderung des Geldwertes selbstverständlich nicht mehr ausgeglichen wird. Es braucht wohl nicht besonders darauf hingewiesen werden, daß Zölle Verbrauchsteuern sind, die besonders die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung stark belasten.

### Aus dem Verbandsleben

Beitrag D. S. In unserer am 11. August stattgefundenen Part. Monatsversammlung sprach Kollege Steiof von der Hauptverwaltung des Verbandes in Berlin über das Thema: „Das Gebot der Stunde.“ Die derzeitige allgemeine Wirtschaftslage, die Finanzverhältnisse von Reich, Ländern und Kommunen stehen miteinander in Wechselwirkung. Das „Sparsystem“ der Kommunen durch Stilllegung von Bauvorhaben ist angesichts der Schließstellung des Baugewerbes im Wirtschaftsjahr ein ganz armseliges Behelfsmittel. Vermehrung der Arbeitslosigkeit, Rückgang der Steuern, Erhöhung der Sozialunterstützungen sind die Folgen dieser Politik. Die sozialen oder rechtlichen unsozialen Bestimmungen der Notverordnung fanden entsprechende Beilegung. Die Aufhebung der Lohnkürzungsverordnung ist ein schweres demokratieschädliches Unrecht an den Armen der Armen. Klagen allein haben jedoch keinen Wert, nur energischer Zusammenhalt in der Organisation kann Schwierigkeiten abwenden und die Grundlagen für den Wiederaufbau unserer sozial- und lebenspolitischen Bedürfnisse gewährleisten. Redner charakterisierte auch noch die heutige überhöhte Verwaltung und fordert auch hier Vorgehen mit den notwendigen Reformen. Der Schrei der Internationals nach Wirtschaftsfreiheit wirkt eigenartig ausgleichend der Tatsache, daß man sich die Sanierung der selbstverschuldeten Schwierigkeiten der deutschen Großbanken durch Mittel der Allgemeinheit sehr gern gefallen ließe. Die „verfassungsmäßigen“ Bedenken gegen die Herabsetzung der Gehaltsfunktionen wirken angesichts der Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung und anderer Sozialbezüge direkt verblüffend. Es ist bedauerlich, daß der hier verantwortliche Mann in der Reichsregierung, der Reichsfinanzminister, des einfachsten politischen Fingerzeigs nicht achtet. Die Mängel der heutigen

wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse können uns nicht mutlos machen, sondern müssen uns im Gegenteil anfeuern, sie mit Geduld und Ausdauer zu beseitigen. Die Ausführungen fanden herzlichen Beifall. Wir danken dem Hauptvorstand, daß er mit unserer obersten Grenzmark die notwendige Fühlung hält und stehen in Treue zu unserer christlichen Bauarbeiterorganisation.

Duderstadt. Am 16. August fand hier eine Vertrauensmännerversammlung für die Ortsgruppen im Kreis Duderstadt und die Verwaltungsstellen Leistungen, Weißenhorn-Lüderode und Bischofferode statt. Unser Bezirksleiter, Kollege Zumbrod, befaßte sich in einem eingehenden Vortrag mit der staats- und wirtschaftspolitischen und gewerkschaftlichen Lage, sowie mit der für uns brennenden Lohn- und Tariffrage. Ausführlich schilderte er die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge unter Beleuchtung der Mängel des kapitalistischen Systems, das sich nach den Erfahrungen der letzten Zeit ohne Zweifel Korrekturen und eine gewisse Aufrichtung durch den Staat gefallen lassen müsse. Eine sozialistische Planwirtschaft kann wegen der Mechanisierung des Geistes und der Bürokratisierung in Produktion und Verteilung keine Besserung bringen. Eingehend schilderte er dann die gewerkschaftliche Lage, besonders auch den Stand unseres Verbandes, und schlußfolgerte die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses besonders in der heutigen Zeit, wo der Einzelne den ihn einschüchternden Gewalten machtlos gegenübersteht. Bei Betrachtung unserer lohnrechtlichen Angelegenheiten muß die sogenannte Schwarzarbeit, vor allem die Arbeit unter Tariflohn, als besondere Gefahr für die Zukunft erkannt werden. In der lebhaften Aussprache fielen scharfe Worte, besonders in Hinblick auf die Auswirkungen der Notverordnung. Es kann nicht mehr verstanden werden, wenn man auch heute noch die Bauarbeiter als Saisonarbeiter betrachtet und behandelt. Auch wurde die Notwendigkeit des genossenschaftlichen Zusammenschlusses betont. Erfreulich war in der bequämlerweiseren erregten Aussprache die immer wieder hervorgehobene Notwendigkeit des Zusammenschlusses in unserem Verbands, weil nur durch die Selbsthilfe Besserung der jetzigen Zustände erreicht werden kann. Hoffnung auf andere Stände oder politisch-radikale Strömungen können uns keine Besserung bringen. Ein herzlicher Glückwunsch — auch an dieser Stelle — galt einem Mitbegründer unseres Verbandes auf dem Eichsfelde, der Kollege Joh. Rudolph, Ketterode, der das Fest der goldenen Hochzeit feiern konnte. Möge es ihm auch vergönnt sein, die diamantene Hochzeit in Gesundheit und Zufriedenheit zu feiern.

Krefeld. Zu recht schönen und eindrucksvollen Stunden gestaltete sich unsere letzte Mitlieder-Versammlung die auch recht gut besucht war. Ein Zeichen, daß der Sinn für aktive Arbeit bei unseren Kollegen sehr stark ausgeprägt ist. Unser Kollege, Arbeitersekretär Josef Behler, hatte uns einen Vortrag über die Enzyklika Rerum novarum und Quadragesimo anno zugeleitet, und er verstand es ausgezeichnet, die Kollegen zu fesseln. Es war nach langer Zeit, in der wir uns immer und immer wieder mit Lohn- und materiellen Fragen beschäftigten mußten, wieder einmal etwas anderes, etwas Geistiges. Daß dieser schöne Vortrag allen Kollegen zusagte, bewies die auffallende Aufmerksamkeit, mit der die Versammlung dem Redner folgte. Er trug den Inhalt und Zweck des Rundschreibens vor, dabei die Wirkungen der Industrialisierung auf die Arbeiterschaft herausstellend. Hochinteressant waren die Ausführungen über die grundsätzliche Einstellung der christlichen Arbeiterbewegung und des Christentums zu Eigentum, Recht und Verwendung desselben, das Recht des Arbeiters auf Bestimmung. Wie es gerade eine Notwendigkeit sei, daß jeder ein Stückchen Erde sein Eigen nennen kann. Dazu gehört ein gerechter auskömmlicher Lohn, ein dem Sinne der Gerechtigkeit entsprechender Anteil am Ertrag der Wirtschaft. Lebensbedarf des Arbeiters und der Arbeiterfamilie, Frauenarbeit in den Betrieben bevorzucht der Redner ausführlich. Einen weiteren Vortrag über dieses Thema leitete der Redner zu. Die Aussprache war sehr lebhaft. Insbesondere nahmen die Kollegen die Gelegenheit wahr, um das soziale Recht gründlich zu diesem Gebiete zu stellen, die auch alle in ausgiebiger Form beantwortet wurden.

### Bekanntmachung

Das Mitgliedsbuch Nr. 339607, ausgestellt am 1. 5. 31 auf den Hilfsarbeiter Lorenz Bed, Eintrittsort Frankfurt a. Main, ist verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dasselbe an die Verwaltungsstelle Bfm. zurückzugeben.

Verwaltungsstelle Frankfurt/Main.

J. A. Clemens Verbig

Auf Grund des § 18 wurde das leitherige Mitglied Mathias Hadl, Hilfsarbeiter, geb. 19. 8. 1888, Buchnummer 22 782, einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen.

22. 8. 31.

Verwaltungsstelle München.

J. A. Otto Schmitt.

Das Besichtigungsmodell bildet bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine große Sorge für den Nachwuchs im Baugewerbe, da sich sehr viele ein 3-jähriges Studium nicht mehr leisten können. Es verdient daher Anerkennung, daß die Kgl. Technische Hochschule in Detmold den gesamten Lehrstoff, welcher zur Ablegung der Meisterprüfung erforderlich ist, in zwei Semestern zusammengefaßt hat und mit bestem Erfolge durchführt. Nach dem ersten Semester wird ein Zeugnis als Fortschritt ausgestellt, nach beendeter Ausbildung des zweiten Semesters ein Attestzeugnis als Techniker und Bauführer mit Anerkennung des Staatsbewilligung und Staatsprüfung. Gleichzeitig können die Meisterprüfungen an Ort und Stelle abgelegt werden, was für die Befähigung der Schule von besonderem Vorteil ist.

### Sterbetafel

Ganz plötzlich und unerwartet ist der Tod unser Verbandsmitglied Franz Siebert, Maurer, gebürtig von Weihenborn, aus unserer Mitte. Er hat ein Alter von 55 Jahren erreicht.

Ortsgruppe Dortmund.

Am 11. August starb unser Kollege Josef Tatz, Zimmerer, von der Ortsgruppe Bedelsheim, an den Folgen eines Unglücksfalles im Alter von 41 Jahren.

Verwaltungsstelle Paderborn.

Ehre ihrem Andenken!

### Urteil

Das Amtsgericht Otterberg erkennt in der Privatklagesache des Maurer Gustav, Gewerkschaftssekretär in Saarbrücken, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Mungenast in Kaiserslautern, Privatkläger, gegen Hühn Karl, Maurer in Schallodenbach, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Treidel, in Kaiserslautern, Angeklagter, wegen Beleidigung

in der öffentlichen Sitzung vom 5. August 1931, an der teilgenommen haben:

1. Oberamtsrichter Günther als Amtsrichter,
2. Justizobersekretär Schid, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

auf Grund der Hauptverhandlung zu Recht:

Der Angeklagte wird wegen eines fortgesetzten Vergehens der Beleidigung nach §. 186 StGB. zu einer Geldstrafe von (50.— RM) fünfzig Reichsmark, im Uneinbringlichkeitsfalle zu einer Gefängnisstrafe von fünf Tagen und zu den Kosten verurteilt.

Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekanntzumachen, und zwar durch einmaliges Einrücken binnen vier Wochen seit Rechtskraft in den beiden Verbandsblättern „Grundstein“ und „Baugewerkschaft“.

gez. Günther. Geschäftsstelle des Amtsgerichts Otterberg.  
Otterberg, den 13. August 1931. gez. Schid, Just.Oberf.

### Bauarbeiterhosen

echt schwarz, III-Draht-Leder, 12er Schuß- und Ledertaschen, M. 11,50, dieselbe Weste M. 3,80, ders. Stoff, 68 cm breit, 2 Meter M. 3,30, Sorte 2: echt schwarz M. 8.—, dies. Weste M. 4,50, ders. Stoff, 68 cm breit, 2 Meter M. 2,40. 3. Sorte: M. 6.—. Manchesterhosen: 1. Sorte: schwarz, sowie jede andere Farbe M. 15.—, ders. Stoff, 68 cm breit, 2 Meter M. 4,50, 2. Sorte: M. 11,50, der gl. Stoff, 68 cm breit, 2 Meter M. 3,50, 3. Sorte: M. 10.—, ders. Stoff M. 2,70. Dreihosen: in schwarz, blau grau u. weiß 2 Stück M. 4,50. Dachdeckerschuhe m. Lederbesatz 2 Paar M. 1,40, Klotterschuhe 2 Paar M. 1,50, Dachdeckerschuh, braun, 2 Paar M. 0,95, vers. nach Maß bei Bestellung von M. 20.— an porto- und spezialfabrik ins Haus. Preisliste gratis. Spezialfabrik für Berufsbekleidung, Emil Hohlheidt, Dresden-N., Ritterstr. 2.

Leff den Deutschen



Wepa Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufe. Spez: Blaue Maschinenaugen- sowie Maure- und Manchester-Anzüge. Wilhelm Pahr, Berlin N 31, Brunnenstraße 78. In 3 Tagen Nichtraucher Auskunft kostenlos. Sanitas-Dopet. Halle a. S. 347 A.

Bauschule Kürzeres Studium Hoch- und Tiefbau, Eisenbeton, Detmold 1. Lehrplan frei

### Für Mart 3.

liefern wir gegen Nachnahme franco Einschub, haltbare Trittoqualität, mit wasserdichtem Einschub. Starkestragen la. Maas, nach Wahl Strehmlegetragen od. Strehmlegetragen m. Eden, Selbstüber oder 1 fertiger Binder in moderner Farbe und Ausführung. Garantie: Umtausch oder Geld zurück. Spezialkatalog gratis und franco. Hermann & Freyheim Frankfurt a. M. 32.

### Radikaler Preisabbau!



### Sonder-Angebot in Berufsbekleidung!

Blaue Arbeitsanzug aus allerbestem Flaustuch oder ganz prima Köperdrell, waschecht 6.50  
Blaue Arbeitsanzug aus extra schwerem unverwiltlichen Köperdrell, waschecht 7.50  
Jacke oder Hose allein je die Hälfte!  
Jacke hat 2 Seiten- und 1 Brusttasche, Hose 2 Taschen. Sommeranzug gute solide Qualität, wandervoll Streifenmuster mit Hintertasche 6.50  
Manchesterhose neueste str. 12erfähige kräftige Ware, 9.90  
Versand ab 10.— per Nachn. versp. kungsfrei, ab 20.— portofrei. Bei Nichtgefall. Geld zurück. Auf Wunsch: ausführl. Preisliste mit Muster.  
Mergler & Co., Hoch. Berufsbekleidungsfabrik, Würzburg 394.